



NO PLANET B

MOBILISIERUNG VON FINANZMITTELN FÜR DEN KLIMASCHUTZ



NO PLANET B

MOBILISIERUNG VON FINANZMITTELN FÜR DEN KLIMASCHUTZ

Die luxemburgische Finanzindustrie am Scheideweg des globalen Übergangs hin zu einer kohlenstoffarmen Zukunft

Ein Briefing Paper von Greenpeace Luxemburg

Luxemburg, September 2018

VORWORT

Luxemburg hat bereits eine Reihe von Schritten unternommen, um sein Finanzsystem mit Klimaschutz und nachhaltiger Entwicklung in Einklang zu bringen. So hat beispielsweise die luxemburgische *Climate Finance Task Force* diverse entsprechende Initiativen ins Leben gerufen: die *LuxFLAG Climate Finance and Green Bond Labels*, die *Luxembourg-EIB¹ Climate Finance Platform*, *Luxembourg Green Exchange* und den *International Climate Finance Accelerator*. Diese Bemühungen offenbaren das Potenzial des Finanzsektors, zu einer treibenden Kraft beim Übergang hin zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft zu werden. Ferner resultierte eine Zusammenarbeit zwischen dem Wirtschaftsministerium, der Handelskammer und dem *IMS Luxembourg²* im November 2016 in einer Strategiestudie zur „dritten industriellen Revolution“³. Die Studie wurde von der Regierung in Auftrag gegeben und in Zusammenarbeit mit Jeremy Rifkin und seinem Expertenteam durchgeführt. Sie verfolgte einen partizipativen Ansatz mit dem erklärten Ziel, das bestehende Wirtschaftsmodell nachhaltiger und vernetzter

zu gestalten. In der Studie wird Luxemburg unter anderem dazu aufgefordert, «eine weltweit führende Drehscheibe für Finanzinnovation, SRI⁴, Vertrauen und Transparenz zu werden, wo Wirkung und sozioökonomische Nachhaltigkeit Hand in Hand gehen».

Greenpeace Luxemburg begrüßt die bisherigen Initiativen der luxemburgischen Regierung. Darüber hinaus hatte *Greenpeace Luxemburg* die Gelegenheit, sich an einer neuen Initiative der luxemburgischen Regierung zu beteiligen, die darauf abzielt, einen nationalen Fahrplan für nachhaltige Finanzierung für Luxemburg zu entwickeln. Dieser Fahrplan wird in Partnerschaft mit der *UN Environment Finance Initiative* entwickelt. Ähnliche strategische Konzepte für Länder wie beispielsweise China und Italien wurden bereits von *UNEP Inquiry⁵* entwickelt. Die besagte Initiative gründet auf dem Abschlussbericht der *hochrangigen Expertengruppe für nachhaltige Finanzen der Europäischen Kommission* und dem Aktionsplan der EU zur Finanzierung nachhaltigen Wachstums. Sie zielt darauf ab, die Empfehlungen aus den besagten Dokumenten an den luxemburgischen Kontext anzupassen.

1 European Investment Bank (Europäische Investitionsbank).

2 IMS Luxembourg (Inspiring More Sustainability)

3 http://www.troisiemerevolutionindustrielle.lu/wp-content/uploads/2016/11/TIR-CG_Luxembourg-Final-Report_Long-Version.pdf

4 Socially responsible investment

5 Plattform des Umweltprogramms der Vereinten Nationen zur Förderung der nationalen und internationalen Bemühungen, die Billionen zu verschieben, die für die Schaffung einer integrativen, grünen Wirtschaft durch die Transformation des globalen Finanzsystems erforderlich sind.

Mit diesem Briefing Paper will *Greenpeace Luxemburg* zu den laufenden Diskussionen beitragen und die luxemburgische Regierung dazu aufrufen, ihre Ambitionen im Kampf gegen den Klimawandel im Allgemeinen und insbesondere im Bereich der nachhaltigen Finanzierung zu steigern. Auf den folgenden Seiten plädiert *Greenpeace Luxemburg* vornehmlich für einen erheblichen Ausbau des nachhaltigen Finanzsektors in Luxemburg sowie die Erarbeitung einer nationalen Gesetzgebung für eine an in Luxemburg ansässige Fonds gerichtete verbindliche Offenlegung klimabezogener Finanzrisiken.

EILE IST GEBOTEN: WIR MÜSSEN DIE BILLIONEN VERSCHIEBEN

Um die schlimmsten und katastrophalsten Auswirkungen des Klimawandels zu vermeiden, muss der Übergang hin zu einer kohlenstofffreien Wirtschaft spätestens bis Mitte des Jahrhunderts erfolgen. Die derzeitigen Emissionsminderungsverpflichtungen (*Intended Nationally Determined Contributions*, INDCs), wie sie die Regierungen im Rahmen der COP21 in Paris vorgelegt haben allerdings – wenn sie denn vollständig umgesetzt würden – würden immer noch zu einer globalen Erwärmung von um die 2,7°C führen (weit mehr als die angestrebten 1,5°C)⁶. Wir müssen dieses defekte System, welches den Klimawandel und die Zerstörung unserer Böden und Ozeane vorantreibt, reparieren. Trotz steigender Investitionen in erneuerbare Energien⁷, steht der Geldmittelfluss in Richtung umweltschädlicher fossiler Brennstoffe und Nuklearprojekte heute immer noch einer sauberen, heilen und sicheren

Zukunft für alle im Weg.

Die Botschaft des Pariser Abkommens ist klar: Es geht nicht darum, ob wir aufhören, in kohlenstoffreiche Anlagen und Unternehmen aus dem fossilen Sektor zu investieren, sondern wie schnell. Das Ausmaß der Investitions Herausforderung übersteigt die Kapazitäten des rein öffentlichen Sektors. Zweifellos kommt dem Finanzsektor bei der Finanzierung des Kampfes gegen den Klimawandel eine Schlüsselrolle zu: Er kann Investitionen in nachhaltigere Technologien und Projekte umleiten, eine nachhaltige Entwicklung langfristig finanzieren und zur Schaffung einer nachhaltigen und klimaresistenten Wirtschaft beitragen. Der Finanzsektor muss Teil der Lösung werden, hin zu einer gesunden, nachhaltigen und blühenden Zukunft, wie wir sie uns alle wünschen. Durch die Verlagerung von Investitionen in Solar-, Wind- und andere saubere, sichere Energien kann der Finanzsektor den Sprung in eine zu 100% auf erneuerbaren Energien aufbauende Zukunft beschleunigen.

Alle Unternehmen und somit auch alle Investitionen haben das Potenzial, sowohl die Menschen als auch den Planeten positiv oder negativ zu beeinflussen. Immer mehr Investoren beginnen ESG⁸-Gesichtspunkte in ihre Investitionsentscheidungen einfließen zu lassen; ein Zeichen dafür, dass mögliche Einflüsse ihrer Kapitaleinlagen auf Umwelt, die Gesellschaft, Politik und das Klima ihnen wichtiger geworden sind. Dies ist unter anderem der Fall, weil das Bewusstsein für die finanziellen Risiken des Klimawandels und insbesondere für Investitionen in kohlenstoffintensive Anlagen wächst. Im Angesicht des Klimawandels und der damit verbundenen Politik können sich «kohlenstoffintensive» Vermögenswerte in so

⁶ <http://climateanalytics.org/briefings/global-warming-reaches-1c-above-preindustrial-warmest-in-more-than-11000-years.html>

⁷ Im Jahr 2017 wurden 228 Milliarden Euro in neue Kapazitäten für erneuerbare Energien investiert (große Wasserkraftprojekte ausgenommen). Bloomberg New Energy Finance schätzt, dass im gleichen Jahr weltweit nur 88,5 Milliarden Euro in neue fossile Kraftwerke investiert wurden: 60 Milliarden Euro für neue Kohlekraftwerke, 26,7 Milliarden Euro für neue Gaskraftwerke und 1,7 Milliarden Euro für neue netzgekoppelte erdölbefeuerten Blöcke. BNEF schätzt zudem, dass 36 Milliarden Euro in neue Kernreaktoren und 38,7 Milliarden Euro in große Wasserkraftprojekte investiert wurden. (http://www.greengrowthknowledge.org/sites/default/files/downloads/resource/Global_Trends_in_Renewable_Energy_Investment_Report_2018.pdf)

⁸ ESG: Environmental, Social and Governance

genannte «gestrandete Vermögenswerte⁹» verwandeln - Vermögenswerte, die unerwarteten oder vorzeitigen Abschreibungen, Abwertungen oder Wandlung von Verbindlichkeiten unterlegen haben, beispielsweise aufgrund ihrer negativen Auswirkungen auf das Klima.

Die Evaluierung der Auswirkungen von Klimarisiken und Klimapolitik auf das Finanzsystem gilt derzeit als eines der dringlichsten und bedeutendsten politischen Anliegen¹⁰. Es wurden eine Reihe von Investitionsrisiken im Zusammenhang mit dem Klimawandel identifiziert: physische Risiken sowie Übergangs- und Haftungsrisiken.

- **Physische Anpassungsrisiken**

können Auswirkungen auf Sachwerte, die Produktivität von Unternehmen und menschliche Arbeitskräfte sein, wie sie sich aus klima- und wetterbedingten Ereignissen ergeben. Extreme Wetterereignisse und Ressourcenknappheit führen zu ungeplanten oder abrupten Veränderungen oder Störungen in Bezug auf Unternehmensabläufe oder Vermögenswerte. Dadurch entstehen finanzielle Risiken, die dem Privatsektor zunehmend Verluste zufügen werden. Auf Seiten von Regierung und öffentlichem Sektor ist mit noch größeren Verlusten zu rechnen.

- **Übergangsrisiken wie Änderungen in der Klimapolitik,**

Technologie oder Marktstimmung könnten eine Neubewertung des Wertes einer großen Bandbreite von Vermögenswerten veranlassen, und sie so in „gestrandete Vermögenswerte“ verwandeln. Auch wenn es in gewisser Hinsicht kontraintuitiv erscheinen mag, einen solchen Übergang bzw. Wandel vorsätzlich herbeizuführen – in Anbetracht der erwähnten Risiken, die damit verbunden sind – ist zu bedenken,

dass die Gesamtfolgen einer Verzögerung von Maßnahmen insgesamt noch viel schlimmer wären. Der Grund dafür, dass der Übergangsprozess solche Risiken mit sich bringt, liegt vor allem in der Tatsache begründet, dass bisher kaum Maßnahmen ergriffen wurden, was das dringende Tempo, mit dem der Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft vollzogen werden muss, nur noch verschärft hat. Diese Risiken werden sich direkt auf den Energiesektor, aber auch auf den Transportsektor (d.h. Auto, Schiff, Flugzeug) und energieintensive Unternehmen wie Stahl- und Zementhersteller auswirken.

- **Haftungsrisiko**, das entstehen kann, wenn Parteien, die durch die Auswirkungen des Klimawandels Verluste oder Schäden erlitten haben, von denjenigen, die sie dafür verantwortlich machen, Schadenersatz verlangen. Es hat seit Anfang des Jahrtausends einen Anstieg an Klagen gegen Unternehmen oder Regierungen mit dem Vorwurf, dass sie es versäumt haben, entschlossene Maßnahmen gegen den Klimawandel zu ergreifen, gegeben.

Diese Risiken, welche zu gestrandeten Vermögenswerten führen können, stellen die gegenwärtige Wirtschaft vor eine entscheidende Herausforderung: Wie können die Wirtschaftsströme so verlagert werden, dass sie auf den Übergang hin zu einer kohlenstoffarmen Welt ausgerichtet sind, während gleichzeitig die Risiken bewältigt werden, die dadurch entstehen, dass dies aufgrund zunehmender und schwerwiegenderer Auswirkungen des Klimawandels schnell geschehen muss? Tatsächlich müssen viele der sich heute im Umlauf befindenden kohlenstoffintensiven Anlagen zu ‚gestrandeten Vermögenswerten‘ werden, wenn eine Erderwärmung auf über 1,5°C über dem vorindustriellen Niveau verhindert werden soll. Die gute Nachricht ist, dass es möglich ist, den Temperaturanstieg

9 Weitere Informationen zum Konzept der «gestrandeten Vermögenswerte» finden Sie unter <https://www.carbontracker.org/terms/stranded-assets/>

10 <http://www.un.org/en/sections/issues-depth/climate-change/index.html>

auf 1,5°C zu begrenzen – jetzt ist der richtige Zeitpunkt, unsere Bemühungen zu verstärken und zu fordern, dass sich die Verantwortlichen und die unser Wirtschaftssystem bestimmende Kräfte auf eine klimaresistente und florierende Zukunft einstimmen, im Sinne der kommenden Generationen.

Mit den Worten von 'E3G – Third Generation Environmentalism'¹¹ : *«Es wird geschätzt, dass bis 2030 weltweit 80 Billionen Euro an Infrastrukturinvestitionen bereitgestellt werden. Die Infrastrukturentscheidungen der kommenden zehn Jahre werden darüber bestimmen, ob Klimastabilität in Zukunft erreicht werden kann und ob ein erheblicher Teil dieser Investitionen aufgrund einer sich angesichts der zunehmenden Auswirkungen verschärfenden Klimapolitik stranden werden.»*

LUXEMBURGS ACHILLESFERSE: DIE ALLGEMEINE ABHÄNGIGKEIT VON FOSSILEN BRENNSTOFFEN

Was bedeutet dies nun für Luxemburg? Eine zentrale Herausforderung für Luxemburg ist seine allgemeine finanzielle Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen. Diese setzt die Wirtschaft des Landes multiplen klimabezogenen finanziellen Risiken aus. Zum einen ist Luxemburg fast vollständig von Energieimporten abhängig. Rund 97% des Energieverbrauchs wird durch Importe gedeckt – gegenüber gerade einmal 3% durch auf im Inland erzeugte erneuerbare Energien. Darüber hinaus wird der luxemburgische Industriesektor von mehreren energieintensiven Industrien und Dienstleistungen bestimmt (Eisen und Stahl, Nichteisenmetall, Glas, Zement, chemische Industrie, Logistikindustrie (Luftfracht, Seefahrt) sowie Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT).

Zudem gehören die Kraftstoffsteuersätze zu den niedrigsten in der EU und bieten einen starken ökonomischen Anreiz für einen erhöhten Kraftstoffverbrauch, einschließlich grenzüberschreitender Verkäufe. Dies führt zu erheblichen ökologischen und gesundheitlichen Schäden und trägt gleichzeitig zu einer zunehmenden Verkehrsüberlastung bei. Ein bedeutender Teil der Einnahmen des luxemburgischen Staatshaushalts wird aus dem Verkauf von Diesel und Benzin¹² – hauptsächlich an ausländische Kunden – bezogen. Durch den Verkauf von billigem Benzin und Diesel sowie Nebenprodukten wurden schätzungsweise 2,1 Milliarden Euro generiert, davon 1,9 Milliarden Euro durch direkte und indirekte Steuern und Abgaben. Diese tiefgreifende Abhängigkeit wird noch verschärft durch die Tatsache, dass Luxemburg eine der höchsten Kraftstoffsubventionsraten pro Einwohner in Europa aufweist. Dies ist ein Problembereich, den es zu reformieren gilt, wenn die erhebliche wirtschaftliche Belastung Luxemburgs durch fossile Brennstoffe verringert werden soll.

Der luxemburgische Finanzsektor, auf den über 35 % des BIP des Landes entfallen, stellt eine weitere wichtige Herausforderung für die langfristige Tragfähigkeit des Staatshaushalts dar. Einerseits stellt eine übermäßige Abhängigkeit von einem einzelnen Industriesektor prinzipiell ein erhebliches wirtschaftliches Risiko dar; andererseits ist es in Anbetracht Luxemburgs Anfälligkeit gegenüber klimabezogenen Finanzrisiken ganz besonders bedenklich. Der MSCI World Index zeigt auf, dass weltweit rund 10-20% der Vermögenswerte in kohlenstoffintensive Sektoren investiert werden, vor allem in die Sektoren Energie (6,39%) und Versorgung (2,91%), aber auch in andere Sektoren, die stark von Energie und fossilen Brennstoffen abhängig sind (z.B. Kraftfahrzeuge, Materialien und andere

¹¹ E3G ist ein unabhängiger Think Tank im Bereich des Klimawandels, der sich zum Ziel gesetzt hat, zu einer Beschleunigung des globalen Übergangs hin zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft beizutragen. Weitere Informationen finden Sie unter <https://www.e3g.org/>

¹² Etwa 79% des Diesel- und Benzinverkaufs erfolgen an grenzüberschreitende Kunden. Quelle: Ermittlung und Bewertung der positiven und negativen Wirkungen des Treibstoffverkaufs unter besonderer Berücksichtigung negativer externer Umwelt- und Gesundheitseffekte - Status quo 2012 und maßnahmeninduzierte Veränderungen. Bericht für das Ministerium für Nachhaltige Entwicklung und Infrastrukturen des Großherzogtums Luxemburg. Mai 2016

energieintensive Industrien).¹³

Für in Luxemburg ansässige Fonds bedeutet dies, dass Hunderte von Milliarden Euro Gefahr laufen zu stranden (selbst wenn man von einem deutlich geringeren Anteil fossilbrennstoffabhängiger Industrien an den investierten Vermögenswerten ausginge, als es der MSCI World Index aufzeigt) – eine sehr hohe Summe im Vergleich zum BIP des Landes (55,4 Milliarden Euro) oder der Kapitalisierung der Luxemburger Börse (57,5 Milliarden Euro). Es ist unklar, wie erhebliche potenzielle Wertverluste von durch in Luxemburg ansässigen Fonds verwalteten fossilintensiven Wertanlagen die luxemburgische Volkswirtschaft beeinträchtigen würden; angesichts des enormen Gewichts des Fondssektors für die luxemburgische Wirtschaft ist jedoch Vorsicht, Transparenz und Vorsorge dringend geboten.

NACHHALTIGE INVESTITIONEN IN LUXEMBURG: EINE NISCHE

Luxemburg ist der zweitgrößte Standort für Investmentfonds weltweit und damit in einer hervorragenden Position, um ein bedeutender Katalysator für eine Beschleunigung der globalen Investitionen in nachhaltige Technologien und saubere Energie zu werden. Luxemburg könnte in der Tat ein wichtiger Motor für den globalen Wandel hin zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft sein und von den Chancen, die ein solcher Übergang bietet, enorm profitieren.

Luxemburg ist der zweitgrößte Fondsstandort der Welt und die führende Drehscheibe

für globalen Fondsvertrieb¹⁴, mit 65% des weltweiten Vertriebs von grenzüberschreitenden Fonds¹⁵. Dies hat internationale Banken, Vermögensverwalter, Fondspromotoren, Versicherungsgesellschaften, Pensionskassen, Staatsfonds und andere Finanzdienstleister aus der ganzen Welt angezogen und es hat dazu beigetragen, ein Ökosystem zu schaffen, das sich perfekt zur Kapitalbeschaffung für nachhaltige Investitionen eignet.

Luxemburg ist auch bei der jüngsten globalen Entwicklung nachhaltiger Finanzierungen mit führend, was zum großen Teil auf die enge Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen, privaten und zivilgesellschaftlichen Sektor zurückzuführen ist. Mehrere Initiativen verdeutlichen die Führungsrolle, die Luxemburg bereits im Bereich der nachhaltigen Finanzen innehat, wie beispielsweise die Schaffung der weltweit ersten explizit grünen Börse, die 50% der weltweit börsennotierten grünen Anleihen auflistet. Das reicht jedoch nicht aus. Rund 27% aller Investmentfonds in der EU haben ihren Sitz in Luxemburg¹⁶, welche per Mai 2018 ein Nettovermögen von 4,237 Milliarden Euro ausmachen (etwa das 70fache des BIP des Landes). Bezeichnend, laut einem Bericht von Luxembourg for Finance von Juli 2018 werden nur schätzungsweise 6,8% dieser Vermögenswerte als nachhaltige Investmentfonds oder als grüne Anleihen verwaltet¹⁷.

Es ist zwar zu erwarten, dass nachhaltiges Investment in den kommenden Jahren ein kontinuierliches Wachstum verbuchen wird, jedoch trägt der massive Geldfluss, aus dem sich die luxemburgische Investmentindustrie heute zusammensetzt, nicht wesentlich zum Übergang

13 Der MSCI World Index erfasst die Präsenz von Large- und Mid-Caps in 23 Developed Markets (DM). Mit 1.642 Bestandteilen deckt der Index rund 85% der freefloatbereinigten Marktkapitalisierung in jedem Land ab. Von besonderer Relevanz ist, dass sich der MSCI World Index auf Equity Assets bezieht, die 30,5% der luxemburgischen Anlageklassenverteilung ausmachen. Demnach wären nach diesen Zahlen konservativ geschätzt 3-6% der luxemburgischen Anlagen direkt gefährdet. Diese Statistiken bleiben jedoch auch für andere Anlageklassen relevant, so dass es uns möglich ist, die Gesamtrisikoaussatzung auf 10-20% zu schätzen.

14 Global Fund Distribution

15 <http://www.alfi.lu/sites/alfi.lu/files/ALFI-Gateway-to-International-Distribution-FINAL.pdf>

16 http://www.luxembourgforfinance.com/wp-content/uploads/2019/01/luxembourg_sustainable_finance_july_2018_0.pdf

17 Ibid.

hin zu einer kohlenstoffarmen Welt bei. Klar ist, Luxemburg muss seine Verpflichtungen und Ambitionen für eine nachhaltige, klimafreundliche Finanzwirtschaft noch verstärken, denn die Welt ist weiterhin den gefährlichen Auswirkungen des Klimawandels ausgesetzt. Das wird für Luxemburg entscheidend sein, nicht nur um sich von Wettbewerbern im Bereich der grünen Finanzierung zu differenzieren, sondern letztendlich auch, um die Nachhaltigkeit und den Wohlstand der luxemburgischen Bevölkerung, Umwelt und Wirtschaft zu gewährleisten.

Die luxemburgische Regierung bewirbt Luxemburg fortwährend als nachhaltigen Finanzplatz.

Es ist jedoch wichtig anzumerken, dass es der derzeitigen Politik erheblich an Kohärenz fehlt. So hat beispielsweise der Luxemburger Pensionsfonds (Fonds de Compensation, FDC), ein luxemburgischer Staatsfonds, trotz wachsender öffentlicher Widerstände und nationaler Verpflichtungen (z.B. Mitgliedschaft in der *Powering Past Coal Alliance*) in Kohle und andere fossile Brennstoffe sowie die Atomindustrie investiert.

Um ihre Glaubwürdigkeit zu wahren, sollte die luxemburgische Regierung sich um Kohärenz und Transparenz in Sachen nachhaltiges Finanzwesen bemühen.

Die Regierung sollte sich nicht nur klar dafür entscheiden die Finanzierung fossiler Brennstoffe und der Kernenergie einzustellen (über das FDC beispielsweise), sondern auch einen politischen Rahmen mit einem Fokus auf Transparenz und Offenlegung schaffen, der es erlaubt, die gesamte Investmentfondsbranche von riskanten und umweltschädlichen fossilen Brennstoffen zu befreien.

VERBINDLICHE KLIMABEZOGENE FINANZBERICHTERSTATTUNG: DER ANSATZ FÜR DIE ZUKUNFT

Eine klimabezogene Finanzberichterstattung wird eine entscheidende Rolle bei der Mobilisierung von Kapitalströmen zugunsten verantwortungsbewusster und nachhaltiger Investitionen spielen – sie wird die Grundlage für ein sachkundiges Divestment¹⁸ aus den fossilen Brennstoffen bilden, was wiederum ein Voraussetzung dafür ist, dass die Ziele des Pariser Abkommens erreicht und sowohl die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels als auch die damit verbundenen erheblichen wirtschaftlichen Risiken abgewendet werden können.

Es ist beachtlich und höchst relevant, dass das *Financial Stability Board* (FSB)¹⁹ den Klimawandel als eine der wichtigsten Prioritäten identifiziert hat und deshalb im Jahr 2015 die *Taskforce for Climate-related Financial Disclosures* (TCFD) ins Leben gerufen hat, ein Leitungsorgan, das speziell darauf abzielt, Empfehlungen für effizientere und effektivere klimabezogene Offenlegungen zu entwickeln. Dahinter steht die Annahme, dass konsistente und zuverlässige Angaben im Einklang mit den TCFD-Empfehlungen die Entscheidungsfähigkeit der Anleger verbessern, was wiederum zu der notwendigen Verlagerung des Kapitals weg von kohlenstoffintensiven Anlagen hin zu erneuerbaren Energien und nachhaltigen Anlagen führt (erleichtert durch eine klare Identifizierung potenziell strandender Vermögenswerte). Die TCFD-Empfehlungen sollen einen allgemeinen Überblick über die Informationen verschaffen, die Unternehmen aller Branchen, insbesondere Unternehmen in 16 «Hochrisikosektoren», zur Verfügung

¹⁸ Der Abstoß von Kohle-, Öl- und Gasinvestitionen wird von der Versicherungswirtschaft mit 2.600 Milliarden Euro an Mitteln angeführt. Aber es umfasst auch die erste Nation, die sich davon getrennt hat, Irland, Großstädte wie New York und wichtige medizinische Organisationen. Große Ölkonzerne wie Shell haben in diesem Jahr Divestment als wesentliches Risiko für ihr Geschäft bezeichnet. Ein Bericht vom September 2018 hat ergeben, dass sich knapp 1000 institutionelle Investoren mit einem Anlagevermögen von 5,360 Milliarden Euro dazu verpflichtet haben, sich aus Investitionen in fossile Brennstoffe zurückzuziehen, gegenüber 44,6 Milliarden Euro vor nur vier Jahren. (120fache Erhöhung in 4 Jahren) (<https://www.arabellaadvisors.com/wp-content/uploads/2018/09/Global-Divestment-Report-2018.pdf>)

¹⁹ FSB: Ein internationales Organ, welches das globale Finanzsystem beaufsichtigt und Empfehlungen ausspricht. Es wurde nach dem G20-Gipfel in London im April 2009 als Nachfolger des Financial Stability Forum (FSF) gegründet.

stellen müssen, um klimabezogene Risiken mit signifikanten Auswirkungen auf finanzielle Leistungsfähigkeit und Zukunftsaussichten offenzulegen. Dies zusätzlich zu Informationen über Governance-Strukturen, strategische Bewertungen und Risikoanalysen. Eine zentrale Empfehlung bezieht sich speziell auf langfristige Risikoangaben; die Empfehlungen besagen, dass diese erheblichen Risiken mit Hilfe von Szenarioanalysen, die eine Reihe möglicher Klimazukunften umfassen sollen, bewältigt und offengelegt werden müssen. Die TCFD-Empfehlungen werden von einer Reihe von Schlüsselakteuren aus dem Finanzsektor unterstützt, darunter einige der weltweit größten Vermögensmanager und Versicherungsgesellschaften (von denen viele auch in Luxemburg vertreten sind).

Allerdings unterstützen nur ein Fünftel der Unternehmen die TCFD-Empfehlungen²⁰; ein klarer Indiz dafür, dass bloße Empfehlungen nicht ausreichen, um der Dringlichkeit gerecht zu werden, mit der Maßnahmen zur Minderung der finanziellen Risiken durch den Klimawandel benötigt werden. Die Tatsache, dass sie nicht verbindlich sind, lädt zum allgemeinen Missverständnis ein, dringende Maßnahmen seien nicht erforderlich. Die möglichen klimabedingten Auswirkungen auf die von institutionellen Anlegern gehaltenen und verwalteten Vermögenswerte sind jedoch erheblich. Es ist wichtig hervorzuheben, dass es sich bei den angesprochenen Risiken nicht um Volatilität oder vorübergehende Preisschwankungen handelt, sondern dauerhafte Wertminderungen und Kapitalverluste. Bisher haben sich nur wenige institutionelle Investoren mit diesem Risiko befasst und nur eine bescheidene

Minderheit ist überhaupt in der Lage, den CO₂-Fußabdruck ihrer eigenen Portfolios zu erfassen. Klimarisiken müssen evaluiert, offengelegt und, wo möglich, dringend entschärft werden. Luxemburg würde aus verschiedenen Gründe gut daran tun, die Empfehlungen in die Rechtsverordnung aufzunehmen, insbesondere wenn es die mit dem Klimawandel verbundenen wirtschaftlichen Risiken vermeiden und sich einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderer sich entwickelnden grünen Finanzplätzen verschaffen will.

Das Ausbleiben einer verbindlichen Offenlegung klimabezogener Finanzrisiken

ermöglicht es den Fonds, ihr fossiles Engagement zu verbergen und weiterhin große Mengen an Investitionen anzuziehen, und somit den luxemburgischen Fondssektor potenziell strandenden Vermögenswerten und wirtschaftlichen Verlusten auszusetzen. Immer mehr Investoren fordern eine höhere Transparenz bei Vermögenswerten, was deren Auswirkungen auf das Klima und deren Beitrag zur Umweltverschmutzung bzw. zur Nachhaltigkeit betrifft²¹. Nun ist es Aufgabe der Investmentfonds, transparente und umfassende Informationen über ihre Nachhaltigkeitsziele und ihr Engagement in kohlenstoffreiche Anlagen bereitzustellen; und Aufgabe der Luxemburger Regierung, sie dazu zu verpflichten.

AUS RISIKEN CHANCEN MACHEN

Investoren suchen zunehmend nach nachhaltigen und verantwortungsbewussten Anlagemöglichkeiten und Finanzdienstleistungen können diese Nachfrageverschiebung im Markt nicht mehr ignorieren. Dennoch

20 <https://www.ft.com/content/b3213fac-7e8b-11e8-bc55-50daf11b720d>

21 Großinvestoren verstärken ihre Bemühungen, Unternehmen, in die sie investieren, verstärkt in die Pflicht zu nehmen bezüglich deren Strategien zur Bekämpfung des Klimawandels. Die Zahl der Unternehmen, die von Climate Action 100+, einer neuen Initiative, in der eine Koalition von Investoren die weltweit größten Emittenten von Treibhausgasen auffordert, Emissionen zu reduzieren und ihre Offenlegung und Überwachung klimabedingter Risiken zu verbessern, ist seit dem Start der Initiative im Dezember 2017 weiter gestiegen. Vier neue Investoren, darunter Alliance Bernstein, der 477 Milliarden Euro Fondsmanager und UniSuper, ein australischer Pensionsfonds, 55 Milliarden Euro schwer, haben die Gruppe auf 289 Mitglieder mit fast 26 Billionen Euro an Assets under Management (AuM) gebracht. Auch andere von Investoren geführte Initiativen, die sich mit Fragen des Klimawandels befassen, sind in den letzten Jahren gestartet worden, wie beispielsweise die Investor Agenda, die Global Investor Coalition on Climate Change und das Ceres Investor Network on Climate Risk and Sustainability. (<https://www.ft.com/content/b3213fac-7e8b-11e8-bc55-50daf11b720d>)

zeigen Investmentfonds kein Interesse daran, das klimabedingte finanzielle Risiko, welches aus ihrem Engagement in fossile Brennstoffe und kohlenstoffintensive Industrien heraus entsteht, offen zu legen. Dies hinterlässt eine Informationslücke auf dem Markt, die eine Fehlverteilung des Kapitals ermöglicht, die zu beträchtlichen globalen wirtschaftlichen Verlusten durch gestrandete kohlenstoffintensive Anlagen führen könnte. In Anbetracht der starken Abhängigkeit Luxemburgs von seinem Finanzsektor könnten diese wiederum erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaft des Landes haben. Statt abzuwarten, sollte Luxemburg Investmentfonds dazu verpflichten ihre klimabezogenen Risiken offenzulegen, damit Anleger wohl informierte Entscheidungen treffen können und mit ihren Investitionen wirklich nachhaltige und verantwortungsbewusste Projekte finanzieren können.

Andere Finanzzentren beginnen sich bereits in diese Richtung zu entwickeln und werden im Bereich der nachhaltigen Finanzwirtschaft wichtige direkte Konkurrenten Luxemburgs sein.

- Im Herbst 2015, im Vorfeld der COP21 und des Pariser Abkommens, **hat Frankreich als erstes Land ein Gesetz zur Einführung einer klimabezogenen, nicht finanzbezogenen Berichterstattung für Anlagenbesitzer und Vermögensverwalter eingeführt**, namentlich das „Energiewende für das grüne Wachstum“ Gesetz mit seinem eminenten Artikel 173-VI.
- Im Juni 2018 veröffentlichte ein britischer Parlamentsausschuss einen Bericht, in dem er die britische Regierung unter anderem aufforderte, **alle in Großbritannien börsennotierte Unternehmen und große Vermögenseigentümer dazu zu verpflichten, bis 2022 über klimabedingte Risiken und Chancen im Einklang mit den TFCDEmpfehlungen Bericht zu erstatten**; diese Anforderung soll zudem im britischen Stewardship and Governance-

Kodex festgehalten werden.

- Im August 2018 legte der *Green and Sustainable Finance Cluster Germany in Frankfurt* in Form **eines Berichtes eine Bestandsaufnahme der Nachhaltigkeitsaktivitäten am Finanzplatz Frankfurt/Main vor**. Es ist die erste Veröffentlichung dieser Gruppe, die Anfang 2018 durch den Zusammenschluss des *Green Finance Cluster Frankfurt* des Hessischen Wirtschaftsministeriums und der *Accelerating Sustainable Finance Initiative* der Deutschen Börse heraus entstand. Ziel der Gruppe ist es, den Finanzsektor zu mehr Engagement für Klimaschutz und nachhaltige Investitionen zu bewegen.

Die bisher von der luxemburgischen Regierung ergriffenen Initiativen im Bereich nachhaltige Finanzierung haben am Finanzplatz Luxemburg ein Ökosystem geschaffen, das sich sehr wohl hervorragend zur Beschaffung von internationalem Kapital für verantwortungsbewusste Investitionen eignet. Um aber aus dieser großen politischen und wirtschaftlichen Chance auch Nutzen ziehen zu können, müssen die öffentlichen und privaten Akteure in Luxemburg entschlossene Maßnahmen ergreifen in Sachen Offenlegung klimabedingter Finanzinformationen und schrittweiser Rückzug der Wirtschaft aus den fossilen Brennstoffen.

Regierungen und Finanzregulierungsbehörden: Die Bekämpfung von Marktversagen liegt grundsätzlich in der Verantwortung der Regierungen. Die Finanzaufsichtsbehörden müssen sicherstellen, dass Best-Practice Standard wird. Dies beinhaltet, das Klimarisiko klar anzuerkennen und von den Marktteilnehmern die Offenlegung von CO₂-Emissionen zu fordern. Standards zur Bereitstellung von miteinander vergleichbaren Informationen sind notwendig, um Trittbrettfahrer und Bündelungen von systemischen Risiken zu identifizieren.

Institutionelle Investoren: Institutionelle Investoren (wie beispielsweise der Fonds de Compensation, FDC) müssen den Klimawandel in ihr Risikomanagement integrieren. Die Bewertung und Erfassung der Risiken im eigenen Portfolio ist ein notwendiger erster Schritt. Das kann zu Verschiebungen in der Anlagestrategie oder zu einem intensiveren Austausch mit den Unternehmensleitern führen. Untätigkeit ist gleichbedeutend mit einem Versäumnis, im langfristigen Interesse ihrer Begünstigten zu handeln und könnte zukünftige Rechtsstreitigkeiten zur Folge haben. Anstatt dessen können institutionelle Investoren gemeinsam jene Unternehmen, die in ihren Portfolios vorkommen, dahingehend beeinflussen, dass sie sich anpassen und sich auf eine CO₂-ärmere Zukunft einrichten. Darüber hinaus können die Investoren aktiv auf die politischen Entscheidungsträger einwirken, mit dem Ziel sie davon zu überzeugen, dass die Bekämpfung dieses Marktversagens in ihrem gemeinsamen Selbstinteresse liegt.

Rentner: Rentner sollten darauf bestehen, dass die für ihre Altersvorsorge verantwortlichen Fondsmanager das gesamte Spektrum der langfristigen Risiken, denen sie ausgesetzt sind, ernsthaft berücksichtigen. Konkrete Maßnahmen reichen von der Forderung nach unternehmerischem und politischem Engagement bis hin zu möglichen rechtlichen Schritten, zur Einforderung der treuhänderischen Verantwortung.

Börsen: Die Börsen sollten von allen notierten Unternehmen die Offenlegung von Treibhausgasen verlangen. Eine klare Bilanzierung der Kohlenstoffintensität ist erforderlich. Ohne in die Finanzberichterstattung integrierte zuverlässige Informationen, können Anleger ihre Risiken nicht angemessen

verwalten.

UNSERE EMPFEHLUNGEN

In Anbetracht des Umfangs und der Bedeutung des luxemburgischen Finanzplatzes, sollte der luxemburgischen Regierung ganz besonders daran gelegen sein, Kohärenz mit der klimapolitischen Agenda des Landes herzustellen und sicherzustellen, dass seine Politik mit internationalen Verpflichtungen (z.B. dem Pariser Abkommen) übereinstimmt. Ferner ist angesichts der dringenden Notwendigkeit, Investoren, Unternehmen und Rechtsgemeinschaften in Luxemburg politische Sicherheit zu verschaffen und mögliche Klimaauswirkungen auf die wirtschaftliche Stabilität Luxemburgs zu bewältigen, eine Offenlegungspflicht erforderlich, um ein sachgerechtes Handeln zu ermöglichen.

Greenpeace empfiehlt der luxemburgischen Regierung daher folgende Prioritäten zu setzen:

- Unverzögliches Divestment aus kohlenstoffintensiven und nuklearen Anlagewerten vonseiten der luxemburgischen Staatfonds.
- Evaluierung der potenziellen klimabedingten systemischen Risiken für die luxemburgische Wirtschaft, die sich aus der allgemeinen Abhängigkeit des Landes von fossilen Brennstoffen und insbesondere des Ausgesetztseins des luxemburgischen Finanzsektors gegenüber Investitionen in fossile Brennstoffe und kohlenstoffintensive Sektoren ergeben. Im Einzelnen wäre es hilfreich zu verstehen:

> wie viel von dem in Luxemburg ansässigen Gesamtanlagevermögen auf Sektoren entfällt, die Umweltrisiken²², einschließlich

²² Laut einem Bericht von Moody's aus dem Jahr 2015 besteht bei elf Sektoren erhöhtes Kreditrisiko durch Umweltrisiken, die 2 Billionen US-Dollar an bewerteten Schulden darstellen. Unregulierte Stromerzeugung, Kohlebergbau und Kohleterminals sind am unmittelbarsten gefährdet. In den nächsten drei bis fünf Jahren (ab 2015) könnten jedoch hinzukommen, als weitere Sektoren mit Umweltrisiken, die ihre Kreditqualität beeinträchtigen könnten: Automobilhersteller, unabhängige Öl- und Gasexploration und -produktion, Bergbau, Stahl, Rohstoffchemie, Baustoffe, Öl- und Gasraffination und Marketing und Stromerzeugungsprojekte. Weitere 18 Sektoren, die 7 Billionen Dollar an bewerteten Schulden ausmachen, sind Umweltrisiken ausgesetzt, die sie stark beeinträchtigen könnten, jedoch über fünf oder mehr Jahre (wiederum ab 2015). Diese Sektoren - die unter «aufkommendes, moderates Risiko» eingestuft werden - sind eindeutig Umweltrisiken ausgesetzt, die ihre Kreditqualität beeinträchtigen könnten. Es ist jedoch weniger eindeutig, dass

klimabedingter Risiken, ausgesetzt sind?

> wie eine signifikante und schnelle Wertminderung dieser klimaexponierten Anlagen (die notwendig ist, um einen Temperaturanstieg von mehr als 1,5°C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu verhindern) den luxemburgischen Finanzsektor und die makroökonomische Landschaft Luxemburgs beeinflussen würde²³?

> wie sich die luxemburgische Regierung angesichts des großen Gewichts des Finanzsektors in der luxemburgischen Volkswirtschaft darauf vorbereitet das Risiko, das mit der Entwicklung dieser sogenannten «strandenden» Vermögenswerte verbunden ist, wirksam zu bewältigen?

- Als erster Schritt, um sich von klimaschädlichen und finanziell riskanten Investitionen in fossile Brennstoffe zu befreien und zum Übergang zu einer 100% erneuerbaren und nachhaltigen Zukunft beizutragen, sollte Luxemburg eine nationale Gesetzgebung für eine verbindliche klimabezogene Finanzberichterstattung einführen, welche die Finanzakteure verpflichtet, ihre Investitionsentscheidungen transparent zu machen und zu zeigen, wie ihre Portfolios zu einer kohlenstofffreien Zukunft beitragen.

FÜR WEITERE INFORMATIONEN WENDEN SIE SICH BITTE AN:

Martina Holbach

(martina.holbach@greenpeace.org)

sich die identifizierten Risiken in einer Weise entwickeln werden, die zu einer Beeinträchtigung der Ratings der meisten Emittenten in diesen Sektoren führen würde. Die längere Zeitspanne, um auf Risiken reagieren zu können, könnte zur Umsetzung von politischen Änderungen, Anpassung von Geschäftsmodellen oder Finanzprofilen oder Entwicklung von technologischen oder kostengünstigeren Lösungen genutzt werden, um die Auswirkungen solcher Risiken abzumildern. Zu den nennenswerten Sektoren dieser Risikokategorie gehören die Entwicklung von wirtschaftssouveränen und regionalen Regierungen, integrierte Öl- und Gasunternehmen und regulierte Energieerzeugungsanlagen.

²³ Nicht nur Fonds, die erheblich in die Industrie der fossilen Brennstoffe investieren (d.h. Öl/Gas unter «Energie» oder Kohle), sind klimabedingten finanziellen Risiken ausgesetzt, sondern auch Fonds, die in die Automobilindustrie und andere Branchen investieren, die stark von fossilen Brennstoffen abhängig sind. Bezeichnenderweise erleben bereits mehrere Branchen Einbrüche aufgrund der Entwicklungen bei den erneuerbaren Energien und nachhaltigen Technologien (Beispiel Elektrofahrzeuge).